

diese Angelegenheit vielleicht hätten weitergehen können. Eine sachliche Kritik stört uns im Vorstand gewiß nicht, sie fördert uns nur; aber sie soll wirklich sachlich sein und darf nicht von seiten der Mitglieder dazu benutzt werden, Zwiespalt in die Sache, um die es sich handelt, hineinzubringen.

Der Briefwechsel, der dem erwähnten Schreiben des Wirtschaftsverbandes vom 18. April folgte, hat — bis auf die letzten Tage — neue Momente nicht gebracht. Nach Erwähnung der Einladung der Firma Thiel (Ruhla) hob Vorsitzender Kerckhoff zum Schluß seiner Ausführungen hervor, der Vorstand würde von den Verbandsmitgliedern später Vorwürfe bekommen, wenn er bei seinen Unterhandlungen mit dem Wirtschaftsverband eine Alles-oder-Nichtspolitik treiben würde. Unbedingt notwendig sei es aber, daß der Vorstand die Kollegen hinter sich habe. (Beifall.)

Die Aussprache wurde durch Herrn Hempel eingeleitet, der zunächst darauf hinweist, daß es nicht gelungen sei, den Wirtschaftsverband dazu zu bringen, den Treurabatt aufzuheben. Es habe der Wirtschaftsverband auch gar nicht die Absicht, dem Zentralverband entgegenzukommen. Bekanntlich seien bei den Verhandlungen in Donaueschingen die Grossisten fern geblieben. Nach Ansicht des Redners tat dies der Grossistenverband nicht von sich aus. In diesem Zusammenhang erwähnt Herr Hempel auch einen Brief des Wirtschaftsverbandes, worin mit Bezug auf Uhrmacher die Wendung enthalten sei: „jeden kleinen Krauterer“. Gegen einen solchen Ausdruck müsse entschieden Verwahrung eingelegt werden.

Vorsitzender Kerckhoff verliest das Schreiben mit der beanstandeten Stelle „Krauterer“ und stellt fest, daß dieser Ausdruck nach dem ganzen Zusammenhang sich gar nicht auf Fachgeschäfte beziehen könne.

Von Herrn Kraß wird ausgeführt, es müsse gestattet sein, Kritik zu üben gegenüber der Haltung des Vorstandes, der in Stuttgart dem Treurabatt im Prinzip zugestimmt habe. (Zuruf Kerckhoffs: Aber nicht bedingungslos!) Es sei ferner zu kritisieren, daß die gegen den Treurabatt ausgegebene Parole nicht befolgt wurde und durch den Vorstand die ganze Sache nicht intensiv genug gehandhabt worden sei, so daß sie bald in einer Art Schützengrabenkrieg versackte. Die Kollegen seien über die Tragweite des Treurabatts nicht im Bild; die Sache sei ihnen nicht nachdrücklich eingehämmert worden. Von einem Erfolg könne man erst dann sprechen — bezüglich der Weckerpreise —, wenn offiziell vom Wirtschaftsverband zugegeben werde, daß die Wecker zu 2 RM. gekauft werden können. Die von uns aufgestellten sieben Punkte müssen unbedingt durchgesehen werden. (Beifall.)

Vorsitzender Kerckhoff erwidert, er habe die Gegensätzlichkeiten, wovon Herr Kraß gesprochen, nicht feststellen können. Es bestehe tatsächlich beim Wirtschaftsverband die Geneigtheit, auf die sieben Punkte einzugehen.

Die „sieben Punkte“, die in der Fachpresse bereits veröffentlicht wurden, werden auf Anregung des Herrn Hempel der Versammlung nochmals zur Kenntnis gebracht.

Verbandsdirektor König äußert sich zunächst zu den kritischen Auslassungen, nach denen in den Fachzeitschriften die Angelegenheit, betreffend das Verhältnis zu den Fabrikanten und Grossisten, nicht ausführlich genug behandelt worden sei und stellt folgendes fest: In großer Aufmachung wurden diese Dinge in einer ganzen Reihe von Ausgaben veröffentlicht; längere Zeit hindurch — was der Redner im einzelnen nachweist —, fast Nummer für Nummer. Mehr könne man wirklich

nicht tun. Höchstens noch das: zu jedem Kollegen hingehen und es ihm vorlesen (Heiterkeit und lebhaft Zustimmung). Wir haben außer der Fachpresse zur Unterrichtung unserer Mitglieder doch auch noch die Ortsgruppen, Innungen und Unterverbände, von denen doch auch noch etwas in persönlicher Aufklärungsarbeit geleistet werden kann.

Von Herrn Kraß wird angeregt, ob man nicht dazu übergehen könnte, die Amtlichen Mitteilungen der Verbandszeitschrift durch Papier in besonderer Farbe besonders hervorzuheben und dadurch die Bezieher der Zeitschrift auf den ersten Blick hinzulenken auf das, was unbedingt gelesen werden muß. Redner erwähnt in diesem Zusammenhang auch die Sitzungen des Umfrageausschusses in Berlin, wozu Herr König einige Aufklärungen gibt. Auf die Anregung, verschiedenfarbiges Papier zu nehmen, bemerkt der Vorsitzende, daß der Kostenpunkt dies im Moment nicht erlaube.

Hierauf kommt man zur Abstimmung: Der Hauptausschuß stellt sich geschlossen hinter die Eisenacher Beschlüsse (sieben Punkte). Dies wird einstimmig zum Beschluß erhoben.

Vorbesprechung der Tagesordnung der Reichstagung

Im weiteren Verlauf der Hauptausschußsitzung wurde die gesamte Tagesordnung der Reichstagung einer Besprechung unterzogen und dabei für die Haupttagung überaus gründliche und sehr wertvolle, vorbereitende Arbeit geleistet.

Vorsitzender Kerckhoff berichtet über die Neugestaltung in der Detaillierung des Haushaltplanes die zweckvollen Gliederungen, die da vorgenommen worden sind und eine Orientierung bis ins kleinste ermöglichen. Man müsse im übrigen jetzt ernstlich daran denken, daß die Geschäftsstelle weiteres Personal dringend benötige. Nicht so befriedigend wie der Jahresabschluß an sich seien die Beitragseingänge, die zahlreichen rückständigen Beiträge; man hoffe, daß die Kassierer der Unterverbände künftig etwas prompter ihre Beiträge einsenden. Nach weiteren Mitteilungen über Kassenprüfung und Entlastungsprotokoll wurde einstimmig Entlastung erteilt. In seinen weiteren Ausführungen legte der Vorsitzende sodann noch dar: Wir benötigen dringend mehr Mittel, um wichtige und dringende Verbandsaufgaben erfüllen zu können, so die Berufung eines hauptamtlichen Verkaufsberaters. Bei den Reichstagungen müsse erreicht werden, daß keine Zuschüsse zu ihrer Durchführung erforderlich werden.

Nach kurzer Besprechung einer Reihe weiterer Gegenstände der Tagesordnung der Reichstagung berichtete Herr Fleig (Mannheim) über den Punkt 9 der Tagesordnung:

Schäden im Uhrengewerbe: Privatverkauf, Pforzheimer Verhältnisse, zollbeschlagnahmte Uhren

Die Ausführungen des Redners richteten sich vor allem gegen die freihändigen Versteigerungen zollbeschlagnahmter Uhren. In Baden haben sich die Kollegen als sehr einsichtsvoll erwiesen bei der Übernahme von Uhren, die man nicht zu freihändiger Versteigerung kommen lassen wollte; die Uhren im Gesamtbetrag von etwa 10000 RM. wurden von den Kollegen übernommen. Auf unserer Seite wurde aufs neue die Verschrottung verlangt. Auch den norddeutschen Unterverbänden wurden von den Uhren größere und kleinere Partien zur Verfügung gestellt. Redner dankt für das Entgegenkommen, das er hier bei den Kollegen gefunden hat. Bei der Frage der zollbeschlagnahmten Uhren handele es sich nur darum: